



Sie wollen gemeinsam für mehr Investitionen ins bundesdeutsche Bildungssystem stark machen (von links): Lovis Eichhorn, Claudia Pick, Anna Tötter, Astrid Henke und Thorsten Muschinski.

FOTO: FRANK PETER

Bündnis fordert mehr Geld für Bildung

Initiative „Bildungswende Jetzt“ organisiert bundesweiten Protesttag am 23. September mit Demo in Kiel

VON ANNE HOLBACH

KIEL. Mit einer bundesweiten Protestwelle will ein breites Bündnis aus Eltern, Schülern, Bildungsorganisationen und Gewerkschaften auf Missstände im Bildungssystem aufmerksam machen. Am 23. September wollen sie in Kiel auf die Straße gehen.

„Uns eint die Sorge um die Bildung“, sagt Astrid Henke, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Viel zu lange sei in diesem Bereich gespart worden. „Darunter leiden die Kinder, aber auch die Beschäftigten in Kitas und Schulen.“

Eltern und Schüler fordern echte Lernmittelfreiheit

Als Impuls fordert das Bündnis „Bildungswende jetzt!“ vom Bund ein Sondervermögen Bildung in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro und eine dauerhaft bessere Finanzierung des Bildungs-

systems. Um die Misere zu verdeutlichen, nannte Henke einige Zahlen: Bundesweit fehlten schon jetzt rund 300 000 Erzieherinnen und Erzieher, bis 2035 werde es zudem an etwa 160 000 Lehrkräften mangeln. Hier sei dringend eine Ausbildungs-offensive notwendig. Jeder fünfte Viertklässler erreiche nicht mehr die Mindeststandards. 50 000 Jugendliche verließen die Schule ohne Abschluss.

„Bildung darf nicht von den Möglichkeiten des Elternhauses und dem Standort der Schule abhängig sein“, sagt Claudia Pick, Vorsitzende des Landeselternbeirats der Gymnasien. Alle Schülerinnen und Schüler müssten vergleichbare Chancen und Möglichkeiten haben, um erfolgreich zu lernen. „Wir fordern Lernmittelfreiheit für alle in der Schule erforderlichen Lernmaterialien.“ Das schließe auch den digitalen Bereich ein. „Es kann nicht sein, dass ein Kind abgehängt

wird, weil es sich kein iPad leisten kann“, sagt Lovis Eichhorn von der Landes-schülervertretung der Gymnasien.

Nach wie vor gebe es zu viele Schulen, die digital unterversorgt seien, so Pick. Zu viele Schulen steckten im Sanierungsstau, hätten veraltete Fachräume oder litten unter Raumknappheit. „Wir brauchen auch genügend Lehrkräfte, damit Unterricht stattfindet und weniger ausfällt“, findet die Mutter.

Bündnis will mehr Sozialarbeiter und Psychologen

GEW-Chefin Henke zufolge bräuchten die Lehrkräfte zudem mehr Entlastung, damit sie über all ihren Zusatzaufgaben nicht krank werden.

„Wir brauchen auch mehr Ressourcen für das psychische Wohlbefinden unserer Kinder“, so Pick. Viele Schülerinnen und Schüler litten unter den Folgen der Corona-Pandemie. „Sie sind dadurch

in ihrem Lernerfolg deutlich benachteiligt.“ Daran hänge aber die Zukunft. „Wenn wir jetzt nicht endlich anfangen zu handeln, wird Deutschland bald nicht mehr wettbewerbsfähig sein.“

Wir müssen jetzt die Kehrtwende schaffen, um unser Bildungssystem nicht völlig an die Wand zu fahren.

Astrid Henke,
Landesvorsitzende GEW Bildung

Kinder dürften nicht erst dann Hilfe bekommen, wenn ihr Problem so schlimm sei, dass es sichtbar wird. Mehr Schulpsychologen und -sozialarbeiter seien notwendig. Das Angebot müsse niedrigschwellig sein, so Eichhorn. „Es muss eine Person da sein, die einfach ansprechbar ist und bei der man nicht erst mit viel Vorlauf einen Termin machen muss.“

Anne Tötter vom Weiterbil-

dungsträger „Arbeit und Leben“ sprach sich zudem für gute Rahmenbedingungen für eine starke Weiterbildungslandschaft aus. „Lebenslanges Lernen bekommt in unserer sich schnell wandelnden Welt eine immer wichtigere Rolle.“

Die Zeit, nur noch große Reden zu schwingen, aber keine Taten folgen zu lassen, sei vorbei, sagt Thorsten Muschinski vom Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen in Richtung Politik. „Wir versuchen, die Schüler von heute, mit Methoden von gestern auf die Anforderungen von morgen und übermorgen vorzubereiten.“ Das könne nur scheitern.

Viele der Probleme seien nicht neu, dennoch tue sich nichts. „Deshalb müssen wir lauter werden“, so Muschinski. Die Demo soll am 23. September um 12.05 Uhr am Kieler Gewerkschaftshaus in der Legienstraße starten und mit einer Kundgebung am Bootshafen enden.